

**Interpellation SP-GRÜ-Fraktion:
«Erste Auslegeordnung zu den möglichen Folgen der Initiative**

Am 9. Februar 2014 stimmten die Stimmberechtigten mit 50,3 Prozent der Initiative zur Zuwanderung zu. Das Ergebnis im Kanton St.Gallen war mit 55,9 Prozent deutlich. Unterdessen wurden und werden fast täglich neue mögliche Konsequenzen im Verhältnis zu den umliegenden Staaten und der EU deutlicher. Sehr viele Stimmberechtigte, die ein Ja in die Urne gelegt haben, reiben sich unterdessen die Augen ob der wahrscheinlichen Folgen für die gesamte Schweiz. Die aktuellen Diskussionen über mögliche Wege aus der Falle des Abstimmungsergebnisses laufen auf Bundesebene. Unabhängig davon braucht es eine Auslegeordnung im Kanton St.Gallen zu den Folgen der neuen Ausgangslage sowie mögliche Massnahmen, damit berechtigte Ängste der Grenzregion aufgenommen werden können.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele ausländische Personen haben in den Jahren seit der Einführung der Freizügigkeit Wohnsitz im Kanton St.Gallen genommen? Wie hoch ist die Nettoeinwanderung? Welchen Anteil stellt sie im gesamtschweizerischen Kontext dar?
2. Wie viele ausländische Personen arbeiten als Grenzgängerinnen und Grenzgänger im Kanton St.Gallen, die neu gemäss Initiative auch unter die Kontingente fallen werden? Wie hat sich diese Zahl entwickelt? Welchen Anteil stellt sie im gesamtschweizerischen Kontext dar?
3. Welche Auswirkungen erwartet die Regierung bei einer Kontingentierung (konkret deutlichen Reduktion) des Zuzugs der ausländischen Arbeitskräfte sowie der Grenzgängerinnen und Grenzgänger auf die st.gallische Wirtschaft?
4. Tausende von ausländischen Fachkräften wohnen im schweizerischen Grenzraum und arbeiten im Land Liechtenstein. Welche Folgen erwartet die Regierung für diese bewährte Aufgabenteilung? Wie gedenkt die Regierung allfällige negative Folgen für die betroffene Grenzregion einzudämmen?
5. Sind die Universität St.Gallen und die Fachhochschulen (FHS, HSR, NTB) an Forschungsprogrammen der EU beteiligt? Wenn ja, in welcher Form?
6. Wie wird der Zugang zum Studentenaustauschprogramm Erasmus durch Studierende unserer Universität und Fachhochschulen genutzt?
7. Gibt es neben der Forschung und dem Studentenaustauschprogramm weitere Bereiche, die akut gefährdet sind?
8. Kann sich die Regierung – angesichts der Abwehrhaltung gegenüber ausländischen Arbeitskräfte einer deutlichen Mehrheit der aktiven Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im Kanton St.Gallen – überhaupt für die Interessen der st.gallischen Volkswirtschaft einsetzen? Welche Argumente hat sie dafür?
9. Mit welchen Massnahmen beabsichtigt der Kanton St.Gallen das gerade in den Grenzregionen sichtbare Lohndumping zu bekämpfen, um ein berechtigtes Anliegen der Bevölkerung (und wichtiges Argument in der Abstimmungskampagne) aufzunehmen? Beabsichtigt die Regierung geeignete Massnahmen zur Verstärkung des Kampfes gegen Lohndumping?»

25. Februar 2014

SP-GRÜ-Fraktion